



## **Wohngeld-Reform: Mehr Unterstützung für Geringverdiener?**

Bericht: Julia Cruschwitz, Carina Huppertz

Kamera: Michael Damm, Daniel Berg

Schnitt: Sascha Werner

### **Ines Kramer: Schönen guten Tag!**

Vergangene Woche im Bürgerzentrum Chemnitz. Ines Kramer möchte sich zum Wohngeld beraten lassen.

**Charlie Worschech: Können Sie mir erst einmal etwas zu Ihrer Familiensituation sagen: Wieviel Personen wohnen bei Ihnen im Haushalt?**

**Ines Kramer: Wir sind drei Mann.**

**Charlie Worschech: Drei Leute, okay, und haben Sie alle Einkommen, also Arbeit?**

**Ines Kramer: Ja.**

**Charlie Worschech: Okay.**

Ines Kramer wohnt mit ihrem Mann und Sohn zusammen. Sie arbeitet als Reinigungskraft, ihr Mann bei einem Discounter. Der Sohn hat gerade eine Ausbildung im Einzelhandel angefangen. Die gestiegenen Preise belasten die Familie.

### **Ines Kramer**

**Also sparen ist nicht viel drin. Also da ist man froh, wenn man ein bisschen etwas zurücklegen kann. Es wird halt schwierig. Man merkt das beim Essen, beim Einkaufen gehen. Und alles das.**

**Reporterin: Dass Sie sich einfach weniger leisten können?**

**Wir hatten früher immer mal gespart für einen Urlaub, aber das ist jetzt nicht mehr drin.**

Ines Kramer möchte daher Wohngeld beantragen – ein Zuschuss zur Miete, die Höhe ist abhängig von Einnahmen und Kosten. Er soll Menschen mit geringem Einkommen davor schützen, in Hartz IV zu rutschen. In Sachsen liegt das durchschnittliche Wohngeld momentan bei rund 130 Euro pro Haushalt.

**Reporterin: Wäre das Geld, was Ihnen helfen würde, wenn Sie jetzt 130 Euro mehr hätten im Monat?**

**Ines Kramer: Ich denke ja. Weil da kann man schon was zurücklegen. Und man hat dann trotzdem noch was. Wo man sagt: Gut, da kaufe ich mir heute mal eine Hose oder irgendwas anderes.**



Um zu prüfen, ob sie Wohngeld-berechtigt ist, geht Sozialberater Charlie Worschech mit ihr zunächst das Einkommen durch. Insgesamt, mit dem Ausbildungsgeld des Sohnes, stehen der dreiköpfigen Familie 3.500 Euro brutto zur Verfügung. Davon werden pauschal 30 Prozent für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen.

### **Charlie Worschech**

**Das heißt, das monatliche Einkommen, das das Wohngeld jetzt anrechnet für Sie wären 2.450 pro Monat. Und das ist noch einmal gestaffelt nach Mietstufen. Wir sind in Chemnitz bei Mietstufe zwei. Das bedeutet bei Ihnen für drei Personen liegt die monatliche Einkommensgrenze bei 1.695 Euro. Das heißt, Sie sind leider momentan mit dem Monat, mit dem wir gerechnet haben, schon fast 700 Euro über der Grenze hinaus.**

Drei Jobs, drei Einkommen in der Familie – zu viel, um Wohngeld zu bekommen. Das bedeutet auch: kein Heizkostenzuschuss aus dem neuen Entlastungspaket von einmalig 640 Euro. Ines Kramer ist enttäuscht. Von den Steuererleichterungen wird sie wenig profitieren. Sie bekommt nur die 300 Euro Einmalzahlung.

### **Ines Kramer**

**Ich finde das nicht gerecht. Wir gehen arbeiten. Manche sitzen faul zu Hause rum, kriegen es geschenkt, auf Deutsch gesagt, das Geld. Bei uns wird es noch, die Arbeiten gehen, die 300 Euro Pauschale noch, versteuert. Was bleibt uns da? Nicht viel, das ist schon ein bisschen unfair.**

Könnte sich das jetzt ändern? Die Bundesregierung will Menschen genau wie Ines Kramer entlasten – durch die Wohngeldreform. Der Bundeskanzler versprach im Sommer:

### **Olaf Scholz, SPD, Bundeskanzler**

**... dass wir ein umfassend ausgeweitetes modernisiertes Wohngeld sehr zielgenau für diejenigen, die wenig Geld verdienen, als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Rentnerinnen und Rentner, zur Verfügung stellen.**

Heute nun beschloss die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf. Die Einkommensobergrenzen sollen steigen und dadurch insgesamt 2 Millionen Haushalte profitieren. Und das Wohngeld soll sich im Schnitt verdoppeln – auf 370 Euro durchschnittlich pro Haushalt. Die Heizkosten fließen dann auch in die Berechnung ein – mit einer Pauschale von 2 Euro pro Quadratmeter. Das war schon lange gefordert, denn bei Hartz IV werden die Heizkosten größtenteils übernommen.



Und wer hat jetzt Anspruch auf Wohngeld? Ralph Henger vom Institut der deutschen Wirtschaft berät die Bundesregierung. Auf seinen Berechnungen basiert die Reform.

#### **Ralph Henger, Institut der deutschen Wirtschaft**

**Es ist wichtig, dass man schaut, dass auf jeden Fall armutsgefährdete Haushalte unterstützt werden, dass Haushalte unterstützt werden, die von Energiearmut betroffen sind. Und nach unseren Berechnungen werden wir durch die neu ansteigenden Leistungen bei der Grundsicherung und im Wohngeld diese Haushalte fast vollständig abdecken.**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßt die Wohngeldreform grundsätzlich, befürchtet aber, dass sie nicht alle erreicht.

#### **Ulrich Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband**

**Wir müssen auch ganz nüchtern feststellen: Wir haben 7,7 Millionen Haushalte in Deutschland unter der Armutsgrenze, davon bekommen etwas über 3 Millionen im Moment Grundsicherungsleistungen. Aber es bleiben nach wie vor etwa 2,8 Millionen Haushalte, die auch bei einer solchen Wohngeldreform noch immer leer ausgehen würden, obwohl sie arm sind.**

Und selbst wenn man Anspruch darauf hat, ist der Weg zum Wohngeld kompliziert. So Charlie Worschech von der Beratungsstelle Neue Arbeit in Chemnitz. Der Antrag ist 13 Seiten lang und enthält viele Tücken. Ein Beispiel:

#### **Charlie Worschech**

**Machen Sie Kinderbetreuungskosten für leibliche Adoptiv- oder Pflegekinder bis zum 14. Lebensjahr oder ohne altersmäßige Begrenzung bei behinderten Kindern, deren Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist, geltend?**

Die Bürokratie ist ein Grund dafür, warum bisher nur rund 600.000 Haushalte Wohngeld in Deutschland beziehen – etwa doppelt so viele hätten eigentlich schon jetzt Anspruch darauf, sagt Experte Ralph Henger. Doch seit einigen Wochen steigt die Zahl der Anträge stark. Das erfahren wir in Dresden, bei der Wohngeldstelle. Eine Sachbearbeiterin zeigt uns ihren Arbeitsplatz.

#### **Bianka Bernhardt**

**Das sind die Anträge, die aktuell noch laufen. Also wo der Wohngeldbescheid noch läuft, das heißt, die sind schon alle bewilligt. Das sind die neuen Anträge. Die sind so gut wie alle aus September und August. Die sind ganz aktuell.**



**Reporterin: Nur für Sie?**

**Das sind nur meine.**

Knapp 3 Stunden Arbeitszeit sind es hier pro Antrag. Und Bianka Bernhardt ist nur eine von 40 Angestellten hier, die ausschließlich Wohngeld bearbeiten. Die Neuansprüche haben sich in den letzten Wochen im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Momentan sind hier 3.000 Anträge noch offen. Ein Grund dafür: die gestiegenen Mieten und auch die Entlastungspakete. Denn für den Heizkostenzuschuss braucht man einen Wohngeldbescheid. Mit der Reform sollen sich die Wohngeld-Bezieher verdreifachen, so die Bundesregierung. Das sieht Dresdens Sozialbürgermeisterin Kristin Klaudia Kaufmann mit Sorge.

**Kristin Klaudia Kaufmann, Sozialbürgermeisterin Dresden, Die Linke**

**Dann müssen wir hier in Dresden von einer Verdreifachung der Anträge sprechen. Eine Verdreifachung bedeutet dann natürlich, dass wir auch dreifach so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, um schnell die Beantragung zu ermöglichen. Das bedeutet, wir schätzen aktuell: Etwa 88 neue Kolleginnen müssten wir schnellstmöglich an Bord holen.**

**Reporterin: Wenn Sie das nicht schaffen, dann heißt es ja aber auch, dass die Bearbeitungszeit sich verlängert. Oder?**

**Kristin Klaudia Kaufmann: Ja, das ist ein simpler Dreisatz.**

In Dresden müssen Antragstellende jetzt schon knapp 3 Monate auf einen Bescheid warten. Und geeignetes Personal findet sich kaum. Daher könnten ab Januar die Wartezeiten noch länger, das Wohngeld womöglich erst im Sommer ausgezahlt werden. Ein unhaltbarer Zustand, findet der Paritätische Wohlfahrtsverband.

**Ulrich Schneider, Paritätischer Wohlfahrtsverband**

**Das Wohngeld muss sofort ausgezahlt werden. Wir müssten Pauschalen auszahlen. In dem Moment, wo jemand einen Antrag einreicht, braucht er das Geld jetzt sofort, nicht erst in einem halben Jahr. Und dann kann man, wenn es sich herausstellen sollte, dass jemand zu Unrecht Wohngeld bezogen hat, muss man halt mit Rückforderungen arbeiten.**

Noch ist unklar, ob die Bundesländer überhaupt zustimmen. Denn auch die Kosten für das Wohngeld könnten sich mit der Reform verdreifachen. Und auch aus der Opposition kommt Kritik. Caren Lay, sächsische Bundestagsabgeordnete der Linken sagt, die Wohngeldreform sei unzureichend.



**Caren Lay, Die Linke, wohnungspolitische Sprecherin**

**Am schlimmsten finde ich tatsächlich, dass fast 190 Gemeinden in Deutschland herabgestuft werden, also eine niedrigere Mietstufe berechnet wird. Was ganz praktisch in der Konsequenz heißt, dass die Betroffenen Mieterinnen und Mieter in den jeweiligen Städten weniger Wohngeld angerechnet bekommen und das finde ich völlig absurd und das muss geändert werden.**

Das trifft auch auf Chemnitz zu, wo Ines Kramer wohnt. Sie wird auch nach der Reform kein Wohngeld erhalten. Das hat Experte Ralph Henger für MDR exakt exklusiv berechnet. Ihr Familieneinkommen sei immer noch um rund 600 Euro zu hoch.